

Analyse zum Fall Halili und dessen möglichen Auswirkungen

Baselbieter Praxis ist nicht mehr zeitgemäss

Es war ein Machtwort, das die Baselbieter Regierung am Donnerstag sprach. Und zwar eines, das Konsequenzen weit über Bubendorf hinaus haben könnte. Denn erstmals seit 18 Jahren nutzte der Regierungsrat seine Kompetenz als oberste Aufsichtsinstanz über den Bürgerrat wieder in vollem Masse aus. Er wies die Bürgergemeinde Bubendorf nicht an, ein drittes Mal über die Einbürgerung von Hamdi Halili abzustimmen, sondern befahl dem Bürgerrat, dem gebürtigen Kosovaren das Bürgerrecht «umgehend» zu verleihen (siehe bz von gestern).

Der Entscheid ist vor Kantonsgericht nicht anfechtbar, da es eine aufsichtsrechtliche Anordnung ist. Auf den ersten Blick ein unglaublicher Vorgang: Die Regierung spricht der Bürgergemeindeversammlung und damit den Bubendorfer Bürgern die Kompetenz ab, die ihnen laut Verfassung und kantonalem Bürgerrechtsgesetz zusteht, nämlich das

Gemeindebürgerrecht zu erteilen. Es bedarf geringer Fantasie, sich vorzustellen, dass der Bürgerrat daran keine Freude hat. Entsprechend verwundert es nicht, dass dessen Mitglieder vorerst auf Tauchstation gegangen sind, um sich zu beraten.

Doch auf den zweiten Blick und nach der Lektüre des aufschlussreichen, 14-seitigen regierungsrätlichen Protokolls ist die Bevormundung des kommunalen Gremiums vor allem eines: wegweisend. Nicht, dass die Regierung künftig bei einer Vielzahl von Einbürgerungsentscheiden einschreiten wird. Sie selbst schreibt in ihrer Mitteilung explizit, dass der Entscheid «sich auf den konkreten Einzelfall bezieht und kein Präjudiz darstellt». Allerdings hält Markus Schefer, Staatsrechtprofessor an der Uni Basel, auf Anfrage fest: «Das ist zu einfach. Selbstverständlich können Einzelfälle immer auch präjudiziellen Wert haben.» Schefer

liefert auch gleich ein imposantes Beispiel: Im Jahr 2000 wies das Baselbieter Verwaltungsgesicht die Prattler Bürgergemeinde an, fünf abgelehnte Einbürgerungen neu zu beurteilen, weil die Ablehnung willkürlich erfolgt sei. «Das war der schweizweit erste Fall, in dem eine Einbürgerung von einem Gericht nicht als politischer, sondern als Verwaltungsakt bezeichnet wurde, der hinreichend begründet werden muss und anfechtbar ist. Baselland stiess damit die Revision des Bürgerrechts auf Bundesebene an», so Schefer.

Kann der Fall Halili ebenfalls so eine Wirkung entfalten? Immerhin hält die Baselbieter Regierung fest: «Die Bürgergemeindeversammlung Bubendorf hat nun bereits zweimal über die Einbürgerung von H. abgestimmt und dabei beide Male kein den rechtsstaatlichen Prinzipien gerecht werdendes Ergebnis zu Stande gebracht.» Schefer bezeichnet es grundsätzlich als «schlechtes Kon-

strukt», dass eine Versammlung über Einbürgerungen entscheidet. «Das sollte ein spezifisches Gremium übernehmen, ob der Bürgerrat oder eine neue Kommission.»

Genau mit dieser Forderung müssen sich Regierung und Landrat sowieso noch auseinandersetzen. Eine entsprechende Motion des Bubendorfer SP-Landrats Thomas Noack ist seit Februar hängig. Und sie dürfte nun ziemlich Auftrieb erhalten. Denn die heutige Baselbieter Praxis ist schlicht nicht mehr zeitgemäss. Sie orientiert sich eben noch am veralteten Verständnis der Einbürgerung als politischen Akt der Bürger, die endgültig und unbegründet entscheiden können, wen sie in ihrer Mitte aufnehmen wollen – und wen nicht. Aus welchen Gründen eine Bürgergemeindeversammlung wie entscheidet, wird nie ganz nachvollziehbar sein. Persönliches, das nichts mit einer sachlichen Integrationsbeurteilung zu tun hat,

wird immer wieder das Resultat beeinflussen.

Einzig in Birsfelden entscheidet mit dem Gemeinderat schon heute ein Exekutivorgan. In Basel-Stadt hingegen ist bereits seit acht Jahren der siebenköpfige Bürgerrat zuständig. Es geht also nicht unbedingt um die Entmachtung der Bürgergemeinde, sondern um einen Wechsel von der Legislative zur Exekutive. Das Bürgerrechtsgesetz ermöglicht dies bereits heute, doch es sollte von der Ausnahme zur Regel werden.

Der Bürgerrat hatte Hamdi Halili übrigens ursprünglich zur Einbürgerung empfohlen.



Michael Nittaus
michael.nittaus@chmedia.ch

GLP will breiteres Zünglein werden

Grossrat 99 Kandidatinnen und Kandidaten treten im Herbst bei den Grossratswahlen für die Basler Grünliberalen an. Erstmals in ihrer Geschichte hat die Partei alle Listen voll. Das Ziel der GLP sind sechs Sitze. Damit würde die Partei auch wieder Fraktionsstärke erlangen, die sie 2016 verloren hat. Seitdem politisiert die GLP im Basler Parlament zu dritt. Weil das linke und das bürgerliche Lager aber praktisch gleich stark sind, ist die GLP bei vielen Abstimmungen das Zünglein an der Waage. «Wir sind eine wichtige Kraft zwischen den Polen», sagt Parteipräsidentin Katja Christ.

Die Kombination von Umwelt- und Wirtschaftspolitik sowie dem gesellschaftsliberalen Ansatz, die nur bei den Grünliberalen zu finden sei, würde sehr gut zu einem urbanen Kanton wie Basel-Stadt passen, sagt Christ. Beim Wahlkampfauftritt griff die Präsidentin auch die Auswirkungen der Coronapandemie auf: So seien während des Lockdowns die Auswirkungen des Menschen auf die Umwelt sichtbar geworden. Und auch die Dringlichkeit des Themas Innovation habe nochmals zugenommen. (hys)

«Ein Meilenstein für das Claraspital»

Der 120-Millionen-Erweiterungsbau wird zur Freude von Direktor Peter Eichenberger dieser Tage in Betrieb genommen.

Ein Spital ist ein Spital. Oder eben doch nicht ganz? Der Ersatzneubau Hirzbrunnen des Basler Claraspitals wirkt von aussen zurückhaltend und funktional; wie ein Spital eben. Für Claraspital-Direktor Peter Eichenberger entspricht diese architektonische Bescheidenheit aber ebenso dem bürgerlichen Hirzbrunnen-Quartier, in dem sich das Spital befindet, sowie der inneren Haltung dieses Gesundheitsunternehmens, dem er vorsteht. Eine «willkommenheissende, angenehme Atmosphäre» soll der neue Trakt verströmen, sagt Eichenberger.

Hell und frisch, aber nicht «first-class-chic»

Tatsächlich zeigt ein Rundgang durch die Räume, dass viel Wert auf Farbe, Luft und Licht gelegt wurde. Patientinnen und Patienten können aus ihren Zimmern mit den raumhohen Fenstern direkt auf die grossen, alten Bäume des Spitalparks blicken. Wände und sogar Decken zieren farbenfrohe Bilder, hin und wieder findet sich dazu ein lebensweisheitlicher Sinnspruch, der zugleich Trost spenden und die Philosophie des Spitals herüberbringen soll. Das alles kommt frisch und modern daher, ohne auf anbiedernde Gastlichkeit oder auf first-class-chic wie in Luxus-Privatkliniken oder Spitalhotels zu machen.

Die Grundsteinlegung für den Ersatzneubau erfolgte vor rund zweieinhalb Jahren. Nun, nach einer coronabedingten Verzögerung, haben die einzelnen Abteilungen mit dem Bezug ihrer Räumlichkeiten begonnen oder sind dort bereits an der Arbeit. 110 Millionen Franken

hat der Bau gekostet, rund 10 Millionen Franken mussten zusätzlich für das technische Equipment aufgewendet werden. Laut Eichenberger habe das Spital das Projekt mehrheitlich aus Eigenmitteln finanzieren können.

Dem Neubau zugrunde liegt ein Masterplan zur Erweiterung und Erneuerung des Spitalperimeters aus dem Jahr 2005. Eichenberger verweist auf die Notwendigkeit einer steten Zukunftsplanung. Das Claraspital habe sich in den vergangenen zehn Jahren von einem Stadtspital zu einem hoch spezialisierten Zentrum entwickelt. In diesem Zeitraum hat auch die Zahl der stationär behandelten Patienten um 30 Prozent auf 11 000 pro Jahr zugenommen, die der ambulante behandelten um 220 Prozent auf 42 000 pro Jahr.

Notfallstation wird immer wichtiger

Im Erdgeschoss des Neubaus befindet sich die 24-Stunden-Notfallstation mit 15 Zimmern und einem Interventionsraum für kleinere Eingriffe. Diese Station werde, so Eichenberger, innerhalb des Leistungsangebots immer wichtiger. Im ersten Stock sind die neuen Operationssäle angesiedelt, im zweiten Stock die ambulante medizinische Onkologie/Hämatologie und im dritten finden sich die Patientenzimmer.

Mit dem Neubau hat das Claraspital für Peter Eichenberger ein «Meilenstein» in seiner Entwicklung erreicht. Entstanden ist sozusagen ein Spital im Spital.

Patrick Marcolli



Blick in einen der neuen Operationssäle.

Bilder: zvg



Claraspital-Direktor Peter Eichenberger.



Schlicht und zurückhaltend: der Neubau von aussen.

Das Licht brennt, die Freier fehlen

Auch nach der Wiedereröffnung scheuen sich Männer vor einem Besuch im Bordell. Das bringt Prostituierte in eine Notlage.

Zara Zatti

Sex gibt es nur mit Maske und mindestens einer Unterarmlänge Abstand zwischen den Köpfen der Beteiligten. Was absurd klingt, ist seit bald drei Monaten offizielle Realität im Basler Sexgewerbe. Am 6. Juni durften Bordelle, genau wie andere personenbezogene Dienstleistungen, ihre Pforten wieder öffnen. Allerdings müssen auch sie sich an ein Schutzkonzept halten. Und das spüren die Betreibenden: Die Freier kommen nicht.

«Mir fehlen die Kunden», klagt Puffbesitzer Diego. In seinem Klub Edelweiss in Basel bewohnen zurzeit noch fünf Frauen ein Zimmer. Doch die Arbeit und damit auch das Einkommen bleibt aus. Den Grund dafür sieht Diego vor allem in den auferlegten Vorgaben. Diese erschwere den Frauen die Arbeit und schrecke die Kunden ab: «Wie soll man mit einer Armlänge Abstand Sex haben?», fragt er ungläubig. In seinem Puff gilt momentan eine Masken- und Handschuhpflicht beim Geschlechtsverkehr. Daneben sieht er vor allem die obligatorische Erhebung der Kontaktdaten als Problem: «Die Kunden wollen Diskretion. Dass sie jetzt ihren Namen preisgeben müssen, schreckt sie ab.»

Notgedrungene Wechsel in schlechtere Verhältnisse

Dass sich weniger Männer in ein Bordell trauen, treibe mehr Frauen auf den Strassenstrich in der Toleranzzone. Das gefährde auch die Sicherheit der Sexarbeiterinnen: «Die Bedingungen dort sind teilweise menschenunwürdig», sagt Diego.

Die Toleranzzone befindet sich an der Kreuzung Ochsen-gasse/Webergasse im Kleinbasel. An einem Mittwoch kurz

nach dem Mittag zeigt sich dort ein bekanntes Bild. Eine Handvoll Frauen in kurzen, billigen Kleidern und ausgelatschten Flip Flops gehen die Webergasse auf und ab. Etwa gleich viele ältere Herren lungern an den Hauswänden herum und verfolgen die Frauen mit ihren Blicken. Aus einem Hauseingang kommt eine junge Frau im kurzen Leoprint-Kleid, dicht gefolgt von zwei Männern.

Der Betreiber einer Bar nimmt gerade die Stühle vor seinem Lokal vom Tisch. «Die Sicherheitsmassnahmen sind lächerlich», findet auch er. «Auf der Strasse hält sich niemand an die Vorschriften.» Er selbst betreibt ein paar Zimmer über seiner Bar. Masken, Desinfektionsmittel und Laken zum Wechseln stellt er bereit. Ob sie die Freier und Frauen tatsächlich benutzen, könne er nur schwer kontrollieren. Für die Frauen sei das Business im Moment sehr schwierig: Weil die Kunden fehlen, würden sie mit den Preisen runtergehen und Praktiken anbieten, zu denen sie sonst nicht bereit sind. Zum Beispiel Sex ohne Gummi.

Entweder Sicherheit oder Geld

Diese Befürchtung teilt Felix Neuenschwander, Leiter Prävention der Aids-Hilfe beider Basel. «Ich kann mir vorstellen, dass Sexarbeiterinnen wegen der fehlenden Kundschaft einem grösseren Druck ausgesetzt sind, Forderungen der Freier nachzugeben.» Dass zurzeit mehr Prostituierte in der Toleranzzone anschaffen würden, konnte die Aids-Hilfe in den letzten Monaten allerdings nicht feststellen.

Zwar sei der Wille der Betreibenden und Sexarbeiterinnen da, sich an die Schutzmass-

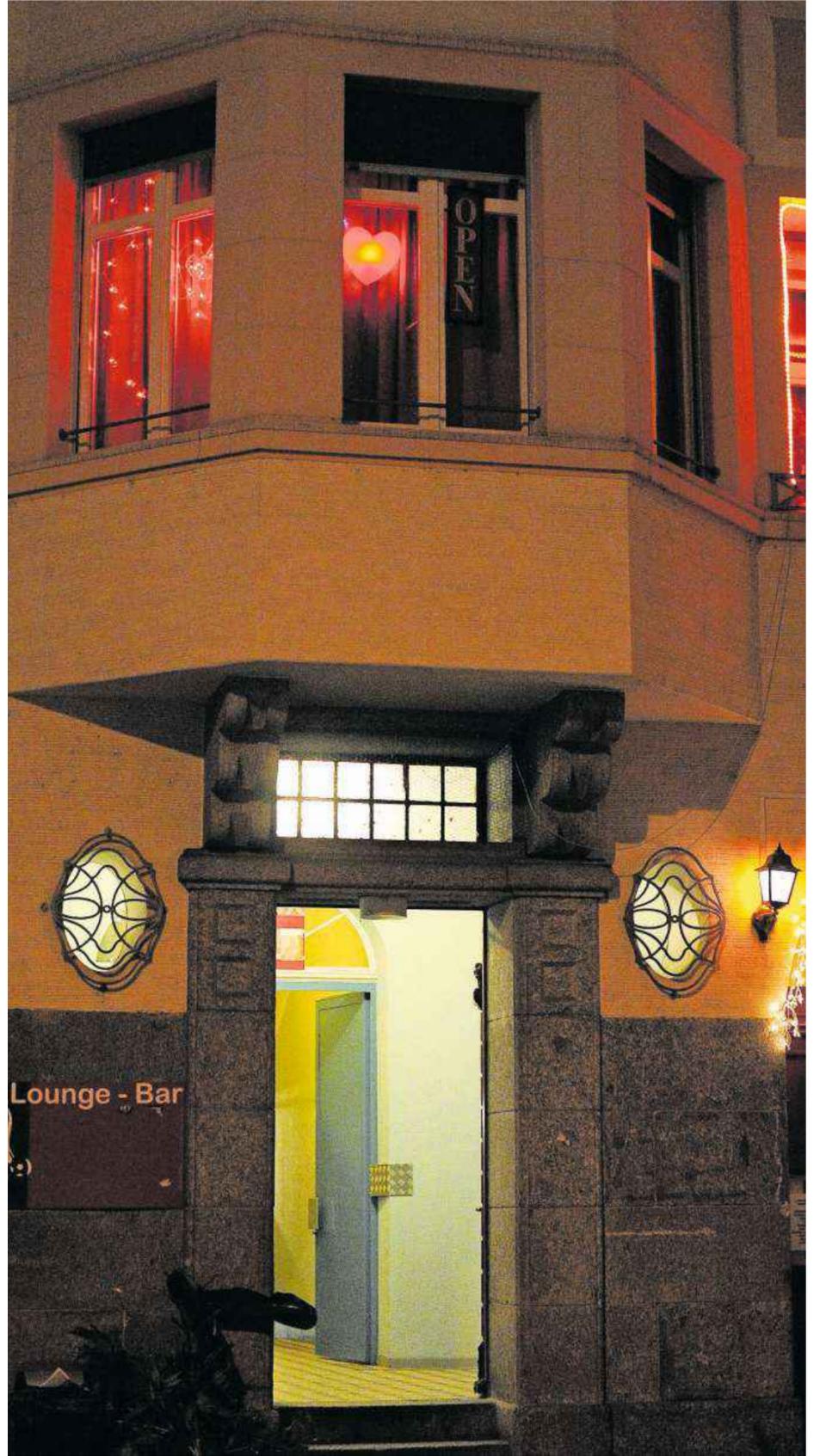
nahmen zu halten. Viele würden sich aber in einem Dilemma befinden: Wer sich nicht an die Regeln hält, verdient zwar besser, riskiert damit aber, von der Polizei gebüsst zu werden und sich mit dem Coronavirus anzustecken. Wer die Regeln befolgt, bleibt im besten Fall gesund, hat keine Probleme mit den Behörden, verdient aber kein oder nur wenig Geld. «Ein Teufelskreis», so Neuenschwander.

Mit Maske ist man beim Sex genügend geschützt

Problematisch sieht Neuenschwander vor allem die Kontaktdatenpflicht: Das halte die Freier wohl am meisten ab. In diesem Punkt spricht er sich für eine Anpassung der Vorgaben aus: «Sofern eine Maske getragen wird, könnte man auf die Erhebung der Kontaktdaten verzichten.» Der Schutz sei mit Maske auch beim Sex gegeben, Küssen sei in der Branche sowieso nicht üblich.

Die Kontrolle, ob die Maske getragen wird, dürfte in dieser Branche allerdings schwierig sein. Deshalb hält der Kanton auch an der Kontakterfassung fest. Laut Angaben des Gesundheitsdepartements Basel-Stadt mussten seit der Wiedereröffnung neun Erotikbetriebe vorübergehend geschlossen werden, weil das Schutzkonzept mangelhaft war. Wenn immer möglich versuche man aber, auf eine Schliessung zu verzichten.

Ein erneutes generelles Verbot des Sexgewerbes möchte Felix Neuenschwander um jeden Preis verhindern. Dann sei die Wahrscheinlichkeit gross, dass sich das Geschäft in den Untergrund verschiebe. «Kommt es dann zu Gewalt gegen Sexarbeiterinnen, melden sich diese allenfalls nicht bei der Polizei. Aus Angst vor Konsequenzen.»



Für Sexarbeitende ist es momentan schwierig, Geld zu verdienen.

Bild: Kenneth Nars

Basler Behörden schliessen 14 Betriebe temporär

Mangelhafter Coronaschutz führt zu drastischen staatlichen Interventionen.

Der Kanton Basel-Stadt hat bislang 14 vorübergehende Betriebsschliessungen wegen mangelhafter Schutzmassnahmen gegen Coronavirus-Infektionen verfügt. Bei den meisten Stichprobenkontrollen wurden aber keine oder nur geringe Mängel festgestellt, wie Vertreter des Basler Gesundheitsdepartements am Freitag an einer Medienkonferenz mitteilten.

Bislang seien insgesamt 1722 Stichprobenkontrollen durchgeführt worden, hiess es weiter: 175 auf Baustellen, 1547 in diversen Betrieben von Coiffeurgeschäften über Museen, Einkaufsläden und Erotiksalons bis hin zu Gastronomiebetrieben. Die 14 Betriebsschliessungen seien nur vorübergehend ver-

fügt worden, die Betriebe hätten nach einer Nachbesserung der Schutzmassnahmen wieder öffnen können.

Verständnis, aber auch Wutmails

Bei den Kontrollen werde man im Hinblick auf die Verfügung der Maskenpflicht vor allem in Einkaufsläden am Montag «intensiv dranbleiben», sagte Kantonsarzt Thomas Steffen an der Medienkonferenz am Freitag. Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger (CVP) ergänzte, dass die Läden bei der Anzahl der kontrollierten Betriebe (730) auch in Vergangenheit bereits am stärksten im Fokus gestanden hätten.

Engelberger sagte weiter, dass die verfügte Maskenpflicht

bei den bislang eingegangenen Reaktionen aus der Bevölkerung mehrheitlich auf Verständnis gestossen sei. «Wir hatte im Vorfeld bereits viele Zuschriften von Menschen, die dies explizit so gewünscht hatten.» Auf der anderen Seite habe das Gesundheitsdepartement auch «Wutmails» erhalten von Menschen, die sich zu sehr eingeschränkt fühlen. Es habe sich bislang aber nur um wenige Dutzend gehandelt.

Engelberger und Steffen sagten, dass es sich bei der Maskenpflicht im Vergleich zu anderen um eine relativ günstig und einfach umzusetzende Massnahme handle. Und er verwies auf eine Empfehlung der wissenschaftlichen Coronataskforce des Bundes, die eine Ausweitung der

Maskenpflicht explizit als wichtige Massnahme im Kampf gegen die Pandemie bezeichne.

Überdurchschnittlich viele Infektionen

Und dieser Kampf sei noch lange nicht ausgestanden. Engelberger zeigte sich «beunruhigt» über die Entwicklung der Infektionszahlen in Basel-Stadt. Der Stadtkanton liege im proportionalen Vergleich zur Bevölkerungszahl deutlich über dem schweizerischen Durchschnitt. «Wir müssen jetzt Massnahmen ergreifen, um menschliche Opfer und wirtschaftliche Schäden durch eine zweite Welle zu minimieren.»

Er sprach von einer «labilen Phase»: Die Infektionszahlen würden steigen, bei der Bevöl-

kerung seien gleichzeitig Ermüdungserscheinungen festzustellen. Es sei schwierig, zu vermitteln, dass die Rückkehr zur Normalität noch ziemlich weit entfernt sei. Er rechne aber ab dem ersten Quartal 2021 mit der Zulassung erster Impfstoffe gegen die Covid-19-Erkrankung.

Engelberger informierte schliesslich über den Start einer Langzeitstudie des Schweizerischen Tropen- und Public-Health-Instituts, an der sich die Gesundheitsdirektionen von Baselland und Basel-Stadt beteiligen. Die Studie beinhalte einen Antikörpertest und Befragungen zu den Auswirkungen der Pandemie auf die persönlichen Lebensumstände der Menschen. (sda)

Nachrichten

Gestürzte Velofahrerin im Spital gestorben

Selbstunfall Die Velofahrerin, die am Donnerstag mit schweren Verletzungen ins Spital gebracht werden musste, ist im Spital verstorben. Dies teilte die Polizei am Freitag mit. Die 39-Jährige verlor kurz vor 8 Uhr an der Oristalstrasse aus nicht geklärten Gründen die Herrschaft über ihr Velo und stürzte aufs Trottoir. (bz)

Nach Säureaustritt: Elf Personen im Spital

Frenkendorf In einem Produktionsbetrieb ist am Donnerstagabend Sulfaminsäure ausgetreten. Elf Mitarbeitende mussten in Spitäler gebracht werden, konnten diese aber noch in der Nacht verlassen. Die Gründe werden abgeklärt. Für die Umwelt habe keine Gefahr bestanden, teilte die Polizei mit. (bz)